

Mögliche Konsequenzen europaweiter Austeritätspolitik:

Hauptergebnisse einer makroökonomischen Simulationsrechnung

Alle Euro-Länder, bei denen sich unter dem Druck der Aktionen des spekulativen Finanzkapitals die Refinanzierungsbedingungen der öffentlichen Anleihen soweit verschlechtert haben, dass ohne Hilfe von außen der Staatsbankrott droht, werden gegenwärtig durch den politischen Einfluss der wichtigsten Gläubigerinstitutionen, vermittelt über die EU, die EZB und gegebenenfalls den IMF dazu gedrängt, Kombinationen aus massiven Ausgabenkürzungen im öffentlichen Sektor und drastischen Erhöhungen insbesondere von Verbrauchssteuern durchzusetzen. Andernfalls wird mit regelmäßig dem Entzug notwendiger (Re-) Finanzierungshilfen gedroht. In diesem Kontext soll das Grundprinzip der deutschen „Schuldenbremse“ in den Ländern der Eurozone als allgemeine Richtlinie fiskalpolitischen Handelns durchgesetzt werden.

In der Folge wird in Kurzform eine Simulationsrechnung dokumentiert, in der die Folgen der flächendeckenden und konsequenten Umsetzung einer europaweiten Austeritätspolitik auf die deutsche Volkswirtschaft unter der Randbedingung der Absicht der Einhaltung der „Schuldenbremse“ in Deutschland abgebildet werden¹.

Die Formulierung der Szenarien: Das Referenzszenario und das Szenario „Europaweite Austeritätspolitik“

Im *Referenzszenario* wird zunächst unterstellt, dass Deutschland die Basisstrategie eines nettoexportgetriebenen Wachstums über den Zeitraum der kommenden acht Jahren völlig unbehelligt weiter verfolgen kann. Dies hätte jedoch zur Voraussetzung, dass Deutschland von den Rückwirkungen der immer mehr EU-Ländern auferlegten drastischen Austeritätspolitik unberührt bliebe. Da die hochwahrscheinliche Folge einer EU-weiten Austeritätspolitik ein zumindest teilweiser *passiver*² Ausgleich der Leistungsbilanz der bisherigen Defizitländer wäre, ist dieser Fall gedanklich eigentlich nur vorstellbar, wenn die deutsche Exportindustrie mittel- und langfristig in der Lage wäre, nun auf einmal gegenüber der

¹ Anm.: Ausführlicher erläutert werden sowohl das hier verwendete Austeritätsszenario als auch weitere Varianten sowie deren außenwirtschaftstheoretische Grundlagen in Bartsch (2011), insbesondere S. 202-217.

² Anm. : „Passiv“ im Sinne von durch Nachfragereduktion erzieltm Ausgleich der Leistungsbilanz, im Gegensatz zu einem „aktiven“ Ausgleich durch eine geeignete Kombination aus EU-weit koordinierten Innovations- und Einkommenspolitiken.

übrigen Welt, insbesondere den außereuropäischen OECD-Ländern und den BRIC-Ländern, insgesamt höhere Exportüberschüsse zu realisieren³.

Obleich sich die Bundesregierung so verhält, als würde sie an die Möglichkeit einer bezogen auf Deutschland wachstumsneutralen oder gar wachstumsfördernden Austeritätspolitik⁴ glauben, kann dieses Szenario schon aus den folgenden Gründen nicht als realistisch eingeschätzt werden:

- Deutschland realisierte in den ersten 10 Monaten des Jahres 2011 78 Prozent des Exportüberschusses mit der Europäischen Union, 52 Prozent entfielen auf die Eurozone und immerhin 21 Prozent auf die besonders bedrängten südlichen GIIPS-Länder Griechenland, Italien, Portugal und Spanien⁵. Sollten die Länder der Europäischen Union mit Leistungsbilanzdefizit nun simultan anstreben, ihre Leistungsbilanz über harte Sparpolitik respektive Reduktion der Binnennachfrage zum Ausgleich zu bringen oder sogar darüber hinaus zwecks absoluter Reduktion der Nettoauslandsschulden selbst Leistungsbilanzüberschüsse zu erzielen, dann wären massive negative Wachstumsimpulse auch für die deutsche Volkswirtschaft die Folge.
- Überdies werden durch eine deutliche Reduktion der Nachfrage der EU-Länder selbstverständlich auch die graduellen Exportmöglichkeiten der „Übrigen Welt“ verringert und dadurch auch dort eine Verminderung der dortigen Binnennachfrage ausgelöst. Ein „Feedback-Effekt“ dieser Entwicklung wären nun wiederum sinkende Exportchancen deutscher Unternehmen in diesen Raum. Dieser Prozess lässt eine Substitution von Nettoexportverlusten Deutschlands in der EU durch Erhöhungen der Exportüberschüsse gegenüber der „Übrigen Welt“ als unwahrscheinlich erscheinen. Hingegen entsteht vielmehr bei international nicht kooperativer Wirtschaftspolitik die Gefahr der Herausbildung einer „Kindleberger-Spinnenwebe“⁶, d.h. eines sukzessiven Rückgangs des Welthandels mit möglicher Stabilisierung auf deutlich niedrigerem Niveau.

Auf der Grundlage des *Alternativszenarios* „Europaweite Austeritätspolitik“ werden nun in einer Modellrechnung auf der Basis eines größeren makroökonomischen Modells die mittel- und langfristigen Konsequenzen einer derartigen, konsequent umgesetzten Politik illustriert. Dabei handelt es sich ausdrücklich nicht um den Versuch einer Konjunkturprognose, und um hier jedes Missverständnis zu vermeiden, werden die jährlichen Perioden auch nicht mit historischen Jahres-

³ Anm.: allgemeinen neben den im Zeitraum der Erstellung der Simulationen jeweils absehbaren Grundlinien der Entwicklung zentraler weltwirtschaftlicher und demographischer Parameter im Simulationszeitraum vor allem die Kernelemente der aktuellen wirtschafts- und fiskalpolitischen Beschlusslage ein. Wirtschaftspolitisch wird so der „Status Quo“ abgebildet.

⁴ Anm.: Für diese Position gibt es tatsächlich Unterstützung auch aus dem akademischen Raum; vgl. etwa Alesina/Ardagna (2009). Vgl. zum Konzept der sogenannten „Expansionary Austerity“ und seiner empirischen Relevanz insbesondere die jüngere Studie von Guajardo/Leigh/Pescatori (2011).

⁵ Anm.: Eigene Berechnungen nach Statistisches Bundesamt (2012), Tabellen 2.1.1 und 2.1.2.

⁶ Vgl. Kindleberger (1979), S.179.

zahlen benannt, auch wenn hochwahrscheinlich ist, dass eine Entwicklung der dargestellten Art bereits 2012 einsetzen kann, wenn der Pfad der europaweiten simultanen Umsetzung von Austeritätspolitik in Europa weiter beschritten wird.

Das Szenario „Europaweite Austeritätspolitik“, im Folgenden kurz EWAP, unterscheidet sich vom Basisszenario durch die Annahme einer Reduktion des Nettoexportüberschusses auf Null ab der jährlichen Periode 1, ausgelöst durch einen deutlichen Rückgang der Importnachfrage insbesondere des EU-Auslandes. Dieses Szenario ist keineswegs unrealistisch, wenn man sich ins Gedächtnis ruft, dass schon 2008/09, in einem Umfeld international wie national historisch vergleichsweise konsequenter „reparaturkeynesianischer“ Antikrisenpolitik, der deutsche Exportüberschuss innerhalb von nur drei Quartalen auf weniger als 50 Prozent des im 2. Quartal 2008 erreichten Maximums zusammenschrumpfte⁷.

Fiskalpolitisch verzichtet die nun „geläuterte“ Bundesregierung auf aktiven „Reparaturkeynesianismus“, möglicherweise beseelt vom Glauben an „Expansionary Austerity“⁸. Überdies tritt die Regierung zusätzlich kräftig auf die „Schuldenbremse“, indem sie den infolge der Exportkrise entstehenden fiskalischen Einnahmeverlusten mit immer neuen Ausgabenkürzungen hinterher spart. Dabei kürzt sie die Sozialausgaben um 100 Milliarden Euro pro Jahr, d.h. um reichlich ein Viertel und entlässt darüber hinaus ein Viertel aller öffentlich Bediensteten, d.h. sie betreibt eine Politik, die sich durchaus in „griechischen Dimensionen“ bewegt. Es ergäben sich daraus Kürzungen von nahezu 150 Milliarden Euro pro Jahr bzw. reichlich 12 Prozent der Staatlichen Gesamtausgaben. Die Eurozone bleibt annahmegemäß auf dem gegenwärtigen Gebietsstand erhalten.

Die Hauptergebnisse der Simulationen

Der Verlust an *realer Wirtschaftsleistung*, gemessen am realen Bruttoinlandsprodukt, dürfte sich dramatisch entwickeln, wenn sich die jeweilige Bundesregierung in Reaktion auf stark fallende Exporte und die daraus folgenden fiskalischen Einnahmenverluste dazu entschließen würde, kräftig auf die „Schuldenbremse“ zu treten. Dies würde bedeuteten, in eine selbst ausgelöste Krise nun auch noch massiv hineinzusparen.

Innerhalb von drei Jahren ergäben sich daraus Output-Rückgänge gegenüber der Referenzlösung von bis zu 22 Prozent, also insgesamt ein Einbruch der Wirtschaftsleistung, wie er in Deutschland zuletzt Anfang der 30er Jahre erlebt wurde (s. Tabelle 1). Der Rückgang entspricht einer Verminderung der jährlichen Wachstumsrate von zwischen fünf und sieben Prozent. Das Konsumniveau fällt im Mi-

⁷ Vgl. dazu Bartsch (2011), Schaubild 2 auf S. 211

⁸ Vgl. hierzu Fn. 4

nimum um nahezu 20 Prozent, während die Unternehmensinvestitionen ohne Wohnungsbau um etwa 35 Prozent unter das Niveau der Referenzlösung fallen⁹.

Tabelle 1: Hauptergebnisse der Simulationsrechnung – Abweichungen der Lösung "Europaweite Austeritätspolitik" von der Referenzlösung, Ausgewählte Variablen und Kennziffern

Periode Variable	1. Jahr	2. Jahr	3. Jahr	4. Jahr	5. Jahr	6. Jahr	7. Jahr	8. Jahr
Verwendungsgrößen								
Reales BIP, in %	-14,7	-22,0	-23,3	-21,3	-18,7	-16,5	-14,8	-14,3
Privater Konsum, real, in %	-11,5	-16,0	-18,7	-16,6	-13,7	-11,4	-9,9	-9,7
Bruttoanlageinvestitionen des Unternehmenssektors ohne Wohnungsbau, real, in %	-15,9	-36,7	-32,5	-22,1	-13,3	-5,6	+1,1	+3,6
Wohnungsbauinvestitionen, real, in %	-0,5	-23,8	-25,6	-30,9	-29,0	-27,7	-25,4	-24,0
Exportvolumen, in %	-37,8	-51,5	-55,3	-53,8	-51,0	-48,6	-46,8	-46,2
Importvolumen, in %	-26,7	-42,9	-47,3	-45,2	-41,8	-38,9	-36,7	-35,9
Nettoexportvolumen	-100,0	-100,0	-100,0	-100,0	-100,0	-100,0	-100,0	-100,0
Beschäftigungs- und Verteilungsgrößen								
Erwerbstätige, in 1000 Personen	-3143	-5383	-5027	-4102	-3337	-2663	-2194	-2016
Arbeitslose, BA-Konzept, in 1000 Personen	+2016	+3705	+3573	+2985	+2443	+2008	+1752	+1657
Lohnquote, in Prozentpunkten	+3,1	-2,9	-6,7	-9,0	-10,5	-11,1	-11,4	-11,4
Fiskalische Kennziffern								
Öffentliche Neuverschuldung zu BIP (Defizitquote), in Prozentpunkten	0,0	-5,5	-6,8	-6,0	-4,9	-4,0	-3,1	-3,0
Bruttostaatsschuld zu BIP (Staatschuldenquote), in Prozentpunkten	+15,1	+27,2	+36,3	+41,6	+45,1	+48,1	+50,9	+54,8

⁹ Zum Vergleich: Stefan Collignon berechnete für Griechenland für den Zeitraum von 2009 bis 2011 folgende Rückgänge: reales BIP insgesamt: - 10,0 Prozent, privater Konsum -13.1 Prozent, Bruttoanlageninvestitionen -30.3 Prozent. Im Unterschied zum EWAP-Szenario leistet der Nettoexport aufgrund des hohen Importrückganges in Griechenland einen hohen positiven Wachstumsbeitrag. Dessen „Kehrseite“ ist natürlich der negative Wachstumsbeitrag auf Seiten der Überschussländer. Vgl. Stefan Collignon: Merkel´s Autobahn to Disaster; <http://www.social-europe.eu/2012/01/merkels-autobahn-to-disaster>.

Dieses Szenario würde vermutlich zur Herausbildung einer klassischen „Kindleberger-Spinnenwebe“¹⁰ zumindest in Europa führen. Die stark fallenden deutschen Importe dürften die Exportchancen der übrigen EU-Länder und insbesondere auch der Defizitländer deutlich verschlechtern und unter den angenommenen Voraussetzungen weitere deflationär wirkende Maßnahmen erzwingen. Selbstverständlich würden auch die Exporteure der „Übrigen Welt“ von dieser europäischen „Abwärtsspirale“ mindestens substantiell betroffen, im schlimmsten Fall aber hineingezogen werden, mit den entsprechenden Folgen auch für das Wachstum der außereuropäischen Regionen. Ausgelöst durch einen massiven deflationären Prozess in Europa bestünde die Möglichkeit, dass der Außenhandel, wie Anfang der 30er, weltweit rapide zu schrumpfen begäme.

Es wird niemand erstaunen, dass mit einem derartigen Einbruch der Wirtschaftsleistung ein massiver Rückgang der *Beschäftigung* verbunden wäre. Tabelle X weist aus, dass die Zahl der Erwerbstätigen im EWAP-Szenario mittelfristig um etwa fünfeinhalb Millionen Menschen zurückgehen dürfte, während bei der Zahl der Arbeitslosen in der Abgrenzung der Bundesagentur für Arbeit ein Anstieg um nahezu vier Millionen Personen zu erwarten wäre. Damit nicht genug: auch die Zahl der Kurzarbeiter dürfte zwischenzeitlich ebenfalls die Fünf-Millionen-Marke übersteigen. Die „offizielle“ Arbeitslosigkeit könnte absolut auf zeitweilig über sieben Millionen Arbeitslose ansteigen; die Zahl der Unterbeschäftigten überschreitet 13 Millionen und umfasst damit ein knappes Drittel der Erwerbspersonen. Dabei wurde in diesen Szenarien bewusst auf die verschärfende Annahme verzichtet, dass bestehende Kurzarbeiterregelungen vor dem Hintergrund der Krise aus finanziellen Gründen gekippt werden.

Selbstverständlich würde ein derartig massiver Beschäftigungsrückgang die ohnehin schon angeschlagene Verhandlungsmacht der Gewerkschaften extrem schwächen. Dies widerspiegelt sich in den deutlich sinkenden *Lohnquoten* des EWAP-Szenarios (Tabelle X). Der ohnehin schon im Referenzpfad gegebene Abwärtstrend des Anteils der Lohnabhängigen am Volkseinkommen wird deutlich verstärkt. Nicht nur, dass die unbereinigte Lohnquote um rund 14 Prozentpunkte fällt und damit am Ende des Simulationszeitraums nur noch bei etwas über 40 Prozent läge; auch die Bezugsbasis dieser Quote, das Volkseinkommen, hätte sich gegenüber der Basislösung deutlich vermindert, so dass in dieser Entwicklung ein Prozess massiver Massenverarmung zum Ausdruck käme, der im übrigen bei diesem Ausmaß bis weit in den gehobenen „selbständigen Mittelstand“ hineinwirken und die Gesellschaft zerreißen würde.

Es mag den Leser wundern, dass in der ersten Lösungsperiode die Lohnquoten steigen; dies ist ein normales Phänomen. In der Krise sinken die Gewinne kurzfristig in aller Regel stärker als die vertraglich vereinbarten und damit kurzfristig weniger flexiblen Löhne.

¹⁰ Vgl. Kindleberger (1979), S.179.

Wäre eine Politik der „Schuldenbremse“ denn wenigstens unter dem eindimensionalen Gesichtspunkt der Haushaltskonsolidierung zieleffizient? Wie die Tabelle X ausweist, kann man darauf nur antworten: Nein. Schon im Hinblick auf die *Defizitquote des Staatshaushalts* in Relation zum BIP zeigt sich, dass massive Sparpolitik insgesamt kaum „bessere“ Ergebnisse zeitigt, als eine Politik, die zumindest die „automatischen Stabilisatoren“ wirken lässt¹¹. Eine scharfe Austeritätspolitik schädigt, wie aktuell auch in Griechenland zu beobachten, die Steuer- und Abgabenbasis einer Volkswirtschaft erheblich. Ein Zusammenbruch der Wirtschaftsleistung in Verbindung mit Massenarbeitslosigkeit und massiv sinkenden Löhnen kann eben kein Geld in die Kassen spülen. Das Wettrennen zwischen Haushaltskürzungen und der Erhöhung vor allem indirekter Steuern einerseits und dem Haushaltsdefizit andererseits geht stets aus wie das Wettrennen zwischen Hase und Igel: Das Defizit ruft immer wieder „Ick bün all dor“, und irgendwann ist die finale Staatskrise da und der Staat ausgeblutet und tot. Das Herausstreichen von zehn Milliarden Euro aus irgendwelchen Haushaltsplänen entspricht eben keinesfalls einem Konsolidierungserfolg von zehn Milliarden Euro.

Noch weniger „erfolgreich“ wäre das Treten der „Schuldenbremse“ in Hinblick auf das Ziel der Reduktion der *Staatschuldenquote*, also der Relation Bruttostaatschulden zu BIP. Im EWAP-Szenario erhöht sich die Staatschuldenquote langfristig enorm, mit Spitzenwerten von über 50 Prozentpunkten (Tabelle X). Der Nenner dieses Terms wird durch die inländische Austeritätspolitik und die damit verbundene Deflation deutlich vermindert, so dass sich die Schuldenquote trotz aller Kürzungen zusätzlich erhöht.

Der Versuch, die „Schuldenbremse“ zu treten, trägt schon den Keim des Scheiterns der Absicht eben jenes Versuchs in sich. Ihre Anwendung würde garantieren, dass ihre Zielsetzung konsequent verfehlt wird und im Übrigen permanent selbst eben jene „wirtschaftlichen Ungleichgewichte“ produzieren, welche die Grundlage für jene im Grundgesetz¹² bezeichneten Ausnahmesachverhalte schaffen, die eine Lockerung der Bremse erlauben. Um eines der in Deutschland so beliebten automobilen Gleichnisse zu verwenden: Das Treten der Schuldenbremse wirkt wie Bremsen auf Glatteis, also im Zweifelsfall gar nicht.

¹¹ Vgl. dazu die Darstellung bei Bartsch (2011), S. 214 ff.

¹² vgl. dazu die Regelungen in den Artikeln 109 und 115 der aktuellen Fassungen des Grundgesetzes.

Literaturverzeichnis

Alesina/Ardagna (2009): Alesina, Alberto; Ardagna, Silvia: Large changes in fiscal policy: taxes versus spending; August 2009. Revised: October 2009.

Bartsch (2002): Bartsch, Klaus: Das makroökonomische Deutschlandmodell LAPROSIM QD 8.3 E; WSI Diskussionspapier No. 108; Düsseldorf 2002.

Bartsch (2011): Bartsch, Klaus: Zwischen Diktatur des Finanzkapitals und Kampf um die „Entscheidende Reform“. Grundalternativen der mittelfristigen politökonomischen Entwicklung der EU; in: Internationale Forschungsgemeinschaft für Politische Ökonomie (IFPÖ): EU am Ende ? Unsere Zukunft jenseits von Kapitalismus und Kommandowirtschaft; Berlin.

Guajardo/Leigh/Pescatori (2011): Guajardo, Jaime; Leigh, Daniel; Pescatori, Andrea: Expansionary Austerity: New International Evidence; IMF Working Paper WP/11/158; July 2011.

Kindleberger, Charles P. (1979): Die Weltwirtschaftskrise; München.

Statistisches Bundesamt (2012): Statistisches Bundesamt: Außenhandel – Zusammenfassende Übersichten für den Außenhandel (vorläufige Ergebnisse) – Oktober 2011, Fachserie 7 Reihe 1; Wiesbaden.